

KGW's Rundschreiben



21.09.2026
Seite 1 von 8

Deutschland, Europa und die Welt

Die zwei **Klausurtage** der Koalition in Schloss **Neuhardenberg** (Brandenburg) sollten auch nach außen hin zeigen, dass trotz mehrerer eskalierender Konfliktherde die Regierung zusammenhält. Man sprach über:

- Wirtschaftswachstum: Der Einsatz von KI und Entbürokratisierung soll Wachstum generieren. Laut Statistisches Bundesamt stieg das BIP (Bruttoinlandsprodukt) im 1. Quartal 2026 um 0,4% und im 2. Quartal um 0,3%. Treiber war der Export; Investitionen allerdings gingen zurück. Parallel dazu gab der Staat im 1. Halbjahr 2026 71,3 Mrd. € mehr aus, als er einnahm (3,1% des BIP). Die EU legt Grenzwerte fest, die sich am BIP orientieren (Maastricht-Kriterien) und nicht überschritten werden dürfen.
 - Haushaltsdefizit = 3% des BIP
 - Staatsverschuldung = 60% des BIP

In Europa ist Deutschland nicht der einzige „Defizitsünder“. Direkte Auswirkungen wird es zunächst nicht geben.

- Steuer- und Sozialreform: Der größte Zankapfel ist aktuell der Steuerstreit. Finanzminister Lars Klingbeil (nachfolgend L.K.) will namentlich bei der Einkommensteuer nachbessern. Parallel dazu gibt es Uneinigkeiten bei der Krankenkassenreform (kostenlose Mitversicherung von Ehepartnern) sowie bei der Rente (z.B. abschlagsfreie Rente bei 45 Beitragsjahren).
- Sicherheit: Minister Dobrindt kündigt neue Sicherheitsgesetze an.
- Hitzeschutz: Kanzler Merz lehnt Finanzmittel für den Klimaschutz ab, weil die Verantwortung primär bei den Ländern liegt.
- Zuckersteuer: Die ursprünglich angedachte Steuer auf zuckerfreie Getränke wird es nicht geben. Ab 2027 wird es je nach Zuckergehalt eine Steuer von 26-38 Cent / Liter geben. Das wird betreffen: Limonaden, Softdrinks, Eistees, Biermischgetränke, Milchemischgetränke und anderes mehr. Nicht betroffen sind Milch und Zero-Süßgetränke (z.B. Almdudler).

Die Klausur endete ohne Beschlüsse. Erst in späteren Kabinettsitzungen will man über die Umsetzung der o.g. Schwerpunkte reden.

Über Entlastungsmaßnahmen für Sprit und Energiepreise wurde nicht gesprochen, weil erst im Frühjahr Soforthilfen beschlossen wurden. Es hätte aber Sinn gemacht, weil tanken noch immer so teuer ist wie selten zuvor. In Deutschland gibt es rund 14.000 Tankstellen. Die Preise werden von den großen Ketten gesteuert. Man orientiert sich an den Preisen der Konkurrenz, die zentral

einsehbar sind. Seit 2013 werden die Spritpreise dem Bundeskartellamt gemeldet. Der Pächter einer Tankstelle hat meist keinen Einfluss darauf, was der Kraftstoff kostet. Ihm bleiben nur 1-3 Cent / Liter. Am Ende kassiert vor allem der Staat. 54-60% entfallen auf Energiesteuer, CO₂-Abgabe, Beitrag zur Treibhausgasminderung und auf alles kommt noch die Mehrwertsteuer.

In der deutschen Gesellschaft verfestigt sich der Eindruck, dass ihr Wohlstand bedroht ist und man erneut (wie vor ca. 25 Jahren) der „kranke Mann Europas“ wird. Das Gefühl, wieder Schlusslicht unter den europäischen Industrienationen zu sein, speist sich aus konkreten Alltagserfahrungen und Nachrichtenmeldungen. Die Ankündigungen von Stellenstreichungen und Werksschließungen verunsichern viele Arbeitnehmer. Die gestiegenen Energiepreise belasten private Haushalte genauso, wie die mittelständische Industrie, was den Eindruck einer chronischen Schwäche verstärkt. Die marode Infrastruktur (Deutsche Bahn, Straßen), die schleppende Digitalisierung und eine überbordende Bürokratie sind für den Bürger direkt spürbar und untermauern das Gefühl eines gelähmten Staates. Das Gefühl von Stagnation, Reformstau und dem Verlust wirtschaftlicher Stärke hat sich in der Bevölkerung breitgemacht.

Man darf aber nicht übersehen, dass Deutschland weiterhin die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt ist.

Die größten Volkswirtschaften der Welt			
Bruttoinlandsprodukt 2025 in Billionen US-Dollar			
USA	30,77	Frankreich	3,37
China	19,62	Russland	2,59
Deutschland	5,05	Italien	2,55
Japan	4,44	Kanada	2,32
Vereinigtes Königreich	4,00	Brasilien	2,28
Indien	3,92	Spanien	1,90

Quellen: Handelsblatt, Destatis, IWF

Die öffentliche Verschuldung, an der Finanzminister L.K. eine erhebliche Teilschuld hat, wird sich erst in einigen Jahren auswirken. Noch ist Deutschland ein erstklassiger Schuldner mit einem AAA-Rating. Wir befürchten, dass sich das ins Negative verändern wird. Im Juni dieses Jahres exportierte Deutschland Waren im Wert von fast 140 Mrd. €. Trotz der Zollpolitik des amerikanischen Präsidenten Trump waren die Vereinigten Staaten das wichtigste Zielland. In Deutschland gibt es 1.612 Hidden Champions¹. Mit ihren Produkten sind sie spezialisiert und dominieren als Weltmarktführer. In Relation hierzu gibt es in den USA 350 und in Japan 300 Hidden Champions. Im internationalen Vergleich hat Deutschland das leistungsfähigste öffentliche Gesundheitswesen. Die öffentliche Bildung ist weitgehend gebührenfrei. Die Versorgung mit Strom und Wasser ist zwar teuer, aber gesichert. Der gleichzeitige Ausstieg aus Atom- und Kohleverstromung war (gelinde gesagt) keine glückliche politische Entscheidung. Von russischer Energie sind wir weitgehend abgekoppelt, obwohl wir über andere Länder nach wie vor russisches Öl beziehen. Die Hilfen für die

¹ Als Hidden Champions (heimliche Gewinner) werden mittelständische Unternehmen bezeichnet, die in Nischen-Marktsegmenten Europa- oder Weltmarktführer geworden sind. Sie sind „heimliche Gewinner“, weil sie sowohl in der Öffentlichkeit kaum bekannt und in der Regel keine Aktiengesellschaften sind und so auch nicht von Analysten und Investoren beobachtet werden. (Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon)

Ukraine haben wir nicht „mal eben“ aus der Portokasse bezahlt. China hat Deutschland als Wirtschaftsmacht überholt. Deutscher Warenexport 2025 nach China: 81,2 Mrd. € (Rückgang in Relation zu 2024: 9,7%). China nach Deutschland: 170,6 Mrd. €. Mit einem Handelsvolumen von 251,8 Mrd. € ist China Deutschlands Handelspartner Nr. 1 (vor den USA). Die kurze Auflistung zeigt, dass die Dynamik Deutschland bremst und begründet, warum die deutsche Wirtschaft seit 2019 kaum gewachsen ist. Die falschen Entscheidungen der Politik, die hohen Steuereinnahmen der goldenen 2010er-Jahre für großzügige Sozialleistungen und nicht für Modernisierung der Infrastruktur, Digitalisierung, Forcierung der Energiewende, Neuaufrüstung der Bundeswehr und anderes mehr zu verwenden, zeigt sich nicht erst seit heute. Keine Partei erkannte, dass ab Mitte der 2020er-Jahre die geburtenstarken „Babyboomer“-Jahrgänge sukzessive in den Ruhestand gehen würden. Für die deutsche Wirtschaft und den Sozialstaat wurde und wird es weiterhin zur Belastungsprobe. Heute suchen wir qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland mit anerkannter Berufsausbildung oder akademischem Abschluss. Die aber bleiben in ihrem Heimatland. Wenn sie kommen, dann um hier zu lernen und anschließend mit dem erworbenen Wissen in ihre Heimatländer in der EU zurückzugehen. Das Fachkräftezuwanderungsgesetz hat massiv Fachkräfte aus Drittländern nach Deutschland gelockt. Statistisch gesehen arbeiten hier überproportional viele Helfer auf Assistenzniveau.

Die etablierten Parteien müssen erkennen, dass es keine neuen Parteien gibt, mit welchen man koalieren kann. „Brandmauern“ aufzubauen gegen Parteien mit erheblichem Stimmenzuwachs, entspricht nicht dem Wählerwillen. Diese kurze Auflistung zeigt Fehler der Vergangenheit und was man besser machen könnte. Der vorletzten und letzten Regierung fehlte es an Geschlossenheit und Erfahrung im Regieren. Wir können nicht erkennen, dass der deutsche Bürger Vertrauen zu schwarz-rot hat. Tina Turner hat gesungen: „We don't need another hero.“ (Wir brauchen keinen weiteren Helden). In Deutschland brauchen wir jemanden, der mal mit „der Faust auf den Tisch haut“, der durch rhetorische Hektik keine geistige Windstille ersetzt, jemanden, der richtungsweisend vorgibt, wo es lang geht. Das wäre jemand, der die Kunst des Regierens versteht und Deutschland gesellschaftlich und wirtschaftlich wieder nach vorne bringt.

Im Finanzministerium wurde unter Führung von L.K. auf 3.561 Seiten der Haushalt 2027 erstellt. Wir nehmen vorweg: Ausgaben: 555,4 Mrd. € (Anstieg zu 2026: 30,9 Mrd. € oder +5,9%). Neuverschuldung: 203 Mrd. € (incl. Sondervermögen), was den zweithöchsten Wert in der Bundesrepublik darstellt. Das wollte die langjährige Leiterin der Haushaltsabteilung im BMF (Bundesministerium der Finanzen), Ministerialdirigentin Corinna Westermann, nicht begleiten. Sie gehört keiner Partei an. Aufgrund ihres Fachwissens hat sie den Haushaltsentwurf 2027 und die Planung für 2028 als fachlich nicht solide und „unseriös“ kritisiert. Das führte zum Zerwürfnis mit Minister L.K. und seinem Beraterkreis. Nach dem Vorbild des amerikanischen Präsidenten versetzte er sie im August dieses Jahres im Alter von geschätzten 57/58 Jahren in den einstweiligen Ruhestand. Ab diesem Zeitpunkt, da sie sich weder eines Disziplinarverfahrens noch einer strafrechtlichen Verfehlung schuldig gemacht hat, laufen ihre Versorgungsansprüche unangetastet weiter. Ihre Nachfolge trat Torge Christiansen an, ein Haushaltsreferent aus der SPD-Bundestagsfraktion. Bestimmt war es ihm recht, denn er übersprang mehrere Besoldungsstufen. Das sorgte erneut für Kritik nach dem Motto „Vetternwirtschaft vor Sachverstand“. Hier passt die Redewendung: „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe.“²

² Bedeutung: Wer mich ernährt oder bezahlt, dessen Ansicht vertrete ich, unabhängig von meiner eigenen Überzeugung.

Die Schuldenpolitik von L.K. führt zu historischer Rekordverschuldung und massiver Ausweitung der Zinslast, was den Spielraum des Bundeshaushalts zunehmend einschränkt. Die Ausgaben für Zinsen im nächsten Jahr (rund 43 Mrd. €) steigen bis 2030 auf über 82 Mrd. €. Die zusätzlichen Schulden begründet L.K. mit Investitionen in Verteidigung (Aufrüstung der Bundeswehr), Infrastruktur und Klimaneutralität. Dass die EU-Stabilitätskriterien gebrochen werden (Neuverschuldung ca. 4,5% statt EU-konform max. 3% des BIP), ist sekundär, denn die EU hat einen Schuldenabbauplan bis 2030 genehmigt. Noch hat Deutschland einen Ruf als solider Gläubiger. Mit hoher Staatsverschuldung und geringem Wachstum riskiert man die Kreditwürdigkeit und die Bewertung AAA (haben weltweit nur 11 Länder). Die Folgen wären höhere Zinsen, weniger Spielraum im Bundeshaushalt und negative Rückkopplungseffekte auf andere EU-Staaten. Wenn L.K.'s ökonomischer Chefberater Jens Südekum³ ihm das alles gesagt hat, ist seine Gangart als Finanzminister nicht verständlich. Fakt ist - scheitert das Reformpaket, wird das künftige Rating Europas größter Volkswirtschaft wackeln. Natürlich gibt es ein Leben nach dem „AAA“, aber das wird viele Milliarden kosten. Die eine Billion € neue Schulden in den nächsten 5 Jahren werden bis 2030 wahrscheinlich mehr als geplante 82 Mrd. € kosten.

Trotz seines historischen Tiefs auf der Beliebtheitsskala will Kanzler Merz die 34 Kernpunkte des Reformpaketes durchsetzen. Von allen Seiten bekommt er Druck. Besonders nach den Wahlen, was ihn zwingen wird, Zugeständnisse zu machen. Er versucht nach außen, Härte zu zeigen, aber um Zugeständnisse wird er nicht herumkommen. Kurskorrekturen sind bei der Rente, Gesundheit, Arbeit und Pflege erforderlich. Ein besonderes Thema wird die Steuergerechtigkeit sein, denn die SPD fordert, Spitzenverdiener in die Pflicht zu nehmen, untere und mittlere Einkommensschichten zu entlasten. Thema auf der Agenda: „Kalte Progression“⁴. Eines ist schon heute sicher. Ohne soziale Korrekturen werden die Gesetzentwürfe zum Reformpaket das Parlament nicht passieren.

Abgesehen von der Substanz stellen sich die Redner im Deutschen Bundestag rhetorisch zumindest mit der Note „befriedigend“ dar. Für die Qualifikation eines Ministers benötigt man keine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Studienabschluss. Man muss mindestens 18 Jahre alt sein und verfassungstreu. Eine Benennung liegt in der Personalkompetenz des Kanzlers. Es gibt Versuche, künftig eine fachliche Eignung nachzuweisen. Ein einfacher Gesetzeswechsel im Bundesministergesetz reicht dafür jedoch nicht aus; es wäre eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich, die derzeit nicht besteht. Wertfrei benennen wir einige Kabinettsmitglieder:

Lars Klingbeil (Finanzminister / Vizekanzler)	SPD	Studierte von 1999 bis 2004 Politische Wissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Leibnitz-Universität, Hannover. Abschluss: „Magister Artium M.A.“. Keine Ausbildung in Finanzwesen, BWL, VWL
Dr. Stefanie Hubig (Justizministerin)	SPD	Volljuristin, Richterin, Staatsanwältin, Staatssekretärin im Bundesjustizministerium
Alois Rainer (Minister für Landwirtschaft und Ernährung)	CSU	Metzgermeister

³ Jens Südekum, geboren 1975, SPD-Mitglied, Professor für internationale Volkswirtschaftslehre

⁴ Kalte Progression ist die steuerliche Mehrbelastung, die entsteht, wenn Einkommensteuersätze nicht an die Inflation angepasst werden. Da bei unteren und mittleren Einkommensgruppen die Progressionskurve am steilsten verläuft, könnte man in höhere Tarifstufen rücken, was wie eine „heimliche Steuererhöhung“ wirkt.

Bärbel Bas (Ministerin für Arbeit und Soziales)	SPD	Bürogehilfin einer Betriebskrankenkasse; Fortbildung zur Krankenkassenbetriebswirtin sowie Personalmanagement-Ökonomin (VWA)
---	-----	--

Den Bundeskanzler und alle 17 Bundesministerinnen und -minister wollen wir hier nicht aufführen. Abschließend nur so viel: Uns erscheint es problematisch, wenn Personen in politischer Führungsverantwortung weder Ausbildung noch längere Berufserfahrung oder einen erkennbaren Bezug zum Ressort haben.

EU-Anleihen in Form gemeinsamer Schulden für bestimmte Krisen- und Zukunftsprogramme gibt es bereits, aber eine dauerhafte und generelle Vergemeinschaftung aller nationalen Staatsschulden existiert nicht. Die Debatte wurde kürzlich vom IW-Chef Michael Hüther, Bundesbank-Präsident Joachim Nagel und anderen ausgelöst, weil eine gemeinsame EU-Verschuldung durch **Eurobonds** nötig wäre, um den Dollar durch den Euro als internationale Leitwährung abzulösen. Zustimmung kommt von den europäischen Schuldenstaaten. Dagegen steht (noch) die „No-Bail-Out“-Klausel der EU-Verträge; danach ist es verboten, dass ein Land der EU für ein anderes haftet.

Bescheiden, wie die EU ist (unter Führung der Präsidentin Ursula von der Leyen), will man versuchen, den 2-Brillionen-Euro-Haushalt (2028-2034) durch neue Eigenmittel und Steuern zu schließen. Das sind 770 Mrd. € mehr als der aktuelle Finanzrahmen (MFR). Deutschland müsste 27 Mrd. € mehr als bisher abführen, was Kanzler Friedrich Merz rigoros abgelehnt hat. Massive Kritik gibt es von anderen „sparsamen Staaten“, die unter den 27 EU-Mitgliedern klar in der Minderheit sind. Der MFR muss allerdings einstimmig beschlossen werden und ohne die Nettozahler geht es nicht. Bis zum 01.01.2028 soll der EU-Haushalt, allen voran das Volumen, stehen und deshalb müssen die Eckdaten bis Ende dieses Jahres geklärt werden. Zurzeit arbeiten 60.000 EU-Beamtinnen und -Beamte und sonstige Bedienstete für die Institution der EU. Weitere 2.500 will man einstellen. Ein besseres Europa bekommt man aber nicht mit mehr Geld oder mehr Beamte, sondern nur durch bessere Entscheidungen. Der jetzige Ausgabenplan der EU zeigt als größten Posten „Pläne für national-regionale Partnerschaften“ (vorgesehen im Finanzrahmen 2028-2034 = 44%). Wenn auch nur indirekt, so hat Deutschland das Projekt „Förderung von Investitionen in Kultur, kreative Künste und Sport zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit lokaler Gemeinschaften gegen den Klimawandel“ doch mitfinanziert. Im Klartext: Mit 499.950 € wurden 3 Wrestling-Arenen in Ndemban, Farafenni und Boiram (jeweils im westafrikanischen Gambia) finanziert. Es gibt weitere Subventionen über viele Milliarden € nach Afrika, ohne dass messbare Erfolge erzielt wurden oder durch Korruption versackten. Eine Aufzählung ersparen wir uns, denn dann würde man unweigerlich „schlechte Laune“ bekommen. Wenn nicht zügig auf Ebene der EU-Staaten eine Einigung erzielt wird, können keine neuen Programme beschlossen werden. Das wäre nicht nur für den deutschen Finanzminister gut, denn dann wäre weniger Geld nach Brüssel zu überweisen. Vielfach wird Margaret Thatcher das Zitat zugeschrieben: „Das Problem am EU-Sozialismus ist, dass ihm irgendwann das Geld der Deutschen ausgeht.“. Dieses Zitat ist falsch, denn am 05.02.1976 kritisierte sie die Labour-Regierung Großbritanniens und sagte in einem Fernsehinterview: „Das Problem des Sozialismus ist, dass dir irgendwann das Geld anderer Leute ausgeht.“.

Rund um Edelstahl „Rostfrei“

Die Edelstahlproduktion ist weltweit im ersten Halbjahr 2026 um ca. 5% (auf knapp 33 Mio. Tonnen) gestiegen. Im gleichen Zeitraum 2025 waren es lediglich 31,4 Mio. Tonnen. In der EU allerdings war sie rückläufig. Gründe sind hohe Energiekosten und strenge Importregeln.

Nach einer monatelangen Stagnation kann man eine Aufwärtsbewegung der Grundpreise erkennen. Der Trend wird sich weiter fortsetzen. Die Entwicklung der Legierungszuschläge (LZs) zeigen die Tabellen auf den Seiten 7 und 8.

Das prognostizierte **Nickel**-Defizit stützt den Preis, lässt ihn aber nicht massiv ansteigen. Dafür sorgt der Bestand an der LME in London (siehe Tabelle auf Seite 7). Von Preisanstieg kann man erst reden, wenn der Rekord-Lagerbestand weitgehend abgebaut ist. Der weltgrößte Ni-Lieferant Indonesien hat von einem dreijährigen auf ein einjähriges Genehmigungsverfahren umgestellt, um Überproduktion zu bekämpfen und die Marktstabilität zu verbessern. Für 2026 hat die indonesische Regierung die Nickel-RKAB-Quoten⁵ auf 260-270 Mio. wmt (wet metric tons) festgelegt (2025 = 379 Mio. wmt).

Molybdän fällt meist als Nebenprodukt bei der Kupfergewinnung an. Neue Minen benötigen über 8 Jahre bis zur Inbetriebnahme. Deutschland ist auf Importe angewiesen und muss mehr als 20% gegenüber 2025 bezahlen. Aufgrund der Verknappung wird sich der preisliche Aufwärtstrend fortsetzen. Wir müssen uns an einen LZ von über 4.000 €/to gewöhnen.

Ferrochrom unterliegt dem CBAM⁶ und Importeure müssen entsprechende Zertifikate erwerben. Hohe Energiekosten in Südafrika und kostengünstiger produziertes Ferrochrom aus China haben dazu geführt, dass die beiden größten südafrikanischen Hütten ihre Produktion reduzieren mussten. Sie legen ihren Fokus stärker auf Chromerz. Die aktuellen Rohstoffpreise haben sich stabilisiert und werden sich bei ferritischen Stählen (z.B. Werkstoffnr. 1.4016) preislich bis zum Jahresende kaum verändern. Der LZ wird sich (auf September-Niveau) bis Ende 2026 ähnlich darstellen.

Wenn die Stahlindustrie auf „**grünen Stahl**“ gewettet hat wird sie wahrscheinlich verlieren. In einer Untersuchung stellt die Unternehmensberatung PWC fest: „Der klimabedingte Transformationsbedarf der deutschen Industrie ist tiefgreifender als vielleicht erwartet.“. Für den Einsatz im klassischen Hochofen sowie der klimafreundlichen Direktreduktion ist Wasserstoff kaum wettbewerbsfähig. Die Beihilfen von mehr als 5 Mrd. € zur Herstellung von CO₂-armem Stahl scheinen in den Sand gesetzt. Gemäß Ausführungen der Autoren bleibt neben dem Schrotteinsatz, innovativer zu werden: „Zukunftsfähig sind in Deutschland jene Produkte und Fertigungsschritte, bei denen der Know-How-Anteil am Produktwert den Materialwert übersteigt.“.

Bereits zu DDR-Zeiten und anschließend 2012 machte ein deutsches Unternehmen Probebohrungen in Storkwitz (ca. 20 km von Leipzig), gab aber wegen mangelnder Rentabilität auf. Seine Erkenntnisse wurden in einen Jorc-Report⁷ überführt. Im Juli dieses Jahres bekam Hades-Mining⁸ eine Explorationslizenz. Man hat eine besondere Laserbohrtechnologie entwickelt, um kritische Rohstoffe abzubauen und Geothermie (Nutzung von Wärme aus dem Inneren der Erde)

⁵ RKAB = Rencana Kerja dan Anggaran Biaya

⁶ CBAM = Carbon Border Adjustment Mechanism

⁷ Ein JORC-Report ist ein standardisierter, international anerkannter Berichtsstandard im Bergbau zur Offenlegung von Mineralressourcen und Erzreserven. (Quelle: KI)

⁸ Start-Up, gegründet 2025. Chef: Max Werner, der 20,5 Mio. € Risikokapital von den Risikokapitalgesellschaften „HV Capital“ und „Headline“ einsammelte

zu nutzen. Historische Daten deuten auf ein Vorkommen von 38.000 Tonnen Seltene Erden hin. Man will sich von China unabhängig machen. Führende Geologen, unter anderem Harald Elsner von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), geben aus unterschiedlichen Gründen dem Projekt keine Chance. Da in diesem Jahrzehnt ein Abbau nicht realistisch ist, haben wir vielleicht die Möglichkeit, später darüber zu berichten.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
02.01.2025	1.0376	15.010	15.295	162.474	1.455
02.01.2026	1.1745	16.765	16.915	255.282	1.430
02.02.2026	1,1852	16.540	16.825	285.528	1.396
02.03.2026	1,1812	17.335	17.560	287.976	1.460
01.04.2026	1,1521	17.065	17.250	281.520	1.470
04.05.2026	1,1721	19.295	19.480	276.888	1.651
01.06.2026	1,1660	19.050	19.280	276.444	1.636
01.07.2026	1,1436	16.175	16.395	274.230	1.421
03.08.2026	1,1527	16.785	17.050	264.876	1.455
01.09.2026	1,1585	16.350	16.675	268.536	1.410
18.09.2026	1,1486	16.055	16.180	278.826	1.401

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	06/25	969	02/25	1.077	1.015	1.017	1.004	1.059	1.094	1.088	1.101	1.101	1.092	1.085		
4301	08/25	1.834	02/25	2.118	1.919	2.118	2.142	2.219	2.247	2.358	2.346	2.228	2.235	2.188		
4404	08/25	3.091	02/25	3.522	3.179	3.482	3.639	3.825	3.818	4.032	4.103	3.992	4.047	3.997		
4509	10/25	1.235	02/25	1.350	1.273	1.277	1.265	1.322	1.356	1.350	1.380	1.388	1.379	1.372		
4521	06/25	1.988	02/25	2.238	2.065	2.102	2.198	2.347	2.352	2.405	2.512	2.562	2.591	2.593		
4539	08/25	5.425	02/25	6.253	5.533	6.174	6.505	6.831	6.777	7.231	7.363	7.131	7.255	7.160		
4571	08/25	3.124	02/25	3.566	3.213	3.523	3.682	3.870	3.863	4.081	4.151	4.038	4.092	4.041		

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	06/25	1.162	02/25	1.292	1.218	1.220	1.205	1.271	1.313	1.306	1.321	1.322	1.311	1.302		
4301	08/25	2.201	02/25	2.542	2.303	2.541	2.571	2.663	2.697	2.830	2.816	2.674	2.682	2.626		
4310	08/25	2.068	02/25	2.401	2.137	2.349	2.374	2.462	2.497	2.614	2.603	2.476	2.483	2.431		
4404	08/25	3.708	02/25	4.226	3.815	4.179	4.367	4.591	4.583	4.839	4.924	4.791	4.856	4.797		

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	10/25 11/25 12/25	390	03/25	450	400	430	440	440	470	470	460	460	450			
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/25 08/25	950	01/25	1.270	1.030	1.100	1.280	1.280	1.310	1.280	1.170	1.180	1.230			
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/25 08/25	2.000	03/25	2.240	2.100	2.120	2.270	2.310	2.350	2.360	2.380	2.390	2.450			

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team